

Frau Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass wir heute diesen Antrag im Konsens aller Demokraten im Kölner Rat stellen.

Der Antrag reiht sich ein in das, wofür sich der Rat immer wieder ausgesprochen hat:

„In Köln ist kein Platz für rechte, nationalistische, rassistische Ideologien und Aktivitäten“.

In einer langen Tradition arbeiten NS Dok, ELDE-Haus, Informations- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und viele Initiativen und Organisationen in Köln daran, dass Köln weltoffen, vielfältig und Demokratisch ist und bleibt.

Letzten Monat zeigte sich dies z.B. ausdrucksvoll bei der Kundgebung in Köln-Ehrenfeld „Aus der Vergangenheit lernen für die Zukunft, damit Vergangenheit nicht Zukunft wird“.

Schon am 1.7.2014 – in einer seiner ersten Sitzungen - verabschiedete der Rat der Stadt Köln eine Resolution zur Frage des Umgangs mit Rechtsextremismus. Dort heißt es:

„Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Humanität und Solidarität sind Grundwerte in unserer Demokratie, die die Grundlage unseres kommunalen Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen.

Der Rat der Stadt spricht sich ausdrücklich dagegen aus, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre Inszenierungen zu geben.

Der Rat wendet sich gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremismus“.

Dies ist bis heute aktuell !!!

Im Juli 2018 hat der Rat der Stadt, ich erinnere hier nur kurz daran, seine Resolution verabschiedet „Kein Raum für Antisemitismus!“

Heute folgt unser Dringlichkeitsantrag auch aus aktuellem Anlass:

Es geht um Raumnutzungen durch rechte Parteien. Sie drängen seit diesem Jahr verstärkt in städtische Häuser.

Dies stellt auch eine besondere Belastung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar - auch für diese hat der Rat, hat die Stadt, eine besondere Verantwortung und Fürsorgepflicht.

Rede Brigitta von Bülow (Grüne)– Rat 18.12.2018

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppen GUT und BUNT betreffend "Städtische Räume sind kein Ort für Hetze"

---

Alle demokratisch gewählten Parteien haben ein Anrecht darauf, öffentliche Räume zu nutzen.

Aber wenn extrem rechtes, rassistisches, antisemitisches, antidemokratisches, sexistisches und Gewalt verherrlichendes Gedankengut verkündet wird, dann widerspricht dies den Grundwerten und Grundrechten unserer Demokratie.

Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung hat das nichts zu tun, ist das auch nicht vertretbar. Dann heißt es, sich querzustellen! Hier setzt unser Antrag an!

Kein Raum für Hetze in städtischen Räumen !

Der Rat lehnt die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden sollen, in denen rassistisches, sexistisches, antisemitisches, antidemokratisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll, ab.

Auch dadurch zeigt Köln Haltung!

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Leitfaden zu erstellen, der die Anregungen der Informations- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus aufgreift, die dazu bereits eine Broschüre erstellt hat („Kein Raum für Nazis“) – Ebenso soll beim Leitfaden, den die Stadt München erarbeitet hat, angesetzt werden. Es muss deutlich werden, was in öffentlichen Räumen geschehen darf und wo die Grenzen liegen!

Ich denke, dies entspricht unserer langen Tradition, aufzustehen gegen rechts – einzutreten für Vielfalt, Freiheit, Menschenrechte, Weltoffenheit und Solidarität und ein friedliches und demokratisches Zusammenleben!